Abmachungen zustimmen muß. Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, bedarf es keiner tiefgründigen politischen Erwägungen, es genügt die eine Frage: will Deutschland vor der Welt und vor sich die Verantwortung übernehmen, die in Locarno erreichte Anbahnung besserer Beziehungen der Völker zueinander durch Ablehnung zu gefährden oder zu vernichten?

Vor einer Regierungskrise?

Berlin, 24. Okt. Zu dem Beschluß des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei bemerkt die „Deutsche Tageszeitung", daß durch den Beschluß über die Stellung der Deutschnationalen zu dem Ergebnis von Locarno restlose Klarheit geschaffen worden ist. Bezüglich der Folgen des Beschlusses sagt das Blatt, es ließe sich sehr gut denken, daß das Reichskabinett den Beschluß nur als eine Rückenstärkung für die weiteren Verhandlungen mit der Entente benutzt, die sich nunmehr darüber völlig klar sein müsse, daß sie die von Deutschland angebotenen Opfer mit wirklich entsprechenden Gegenleistungen ausgleichen müsse. Der deutschnationale Beschluß braucht also durchaus nicht ohne weiteres Anlaß zu einer Regierungskrise zu sein. Im Gegensatz erklärt der „Berliner Lokalanzeiger", es sei selbstverständlich, daß eine Regierungskrise unvermeidlich ist, wenn die deutschnationale Reichstagsfraktion dem Beschluß des Parteivorstandes die Folge gibt, die dieser erwartet. Die „Tägliche Rundschau" schreibt: Durch den Beschluß sind die deutschnationalen Mitglieder des Reichskabinetts, Schiele, v. Schlieben und Neuhaus, die sich auf den Boden der Verträge von Locarno gestellt hatten, vollkommen kaltgestellt worden. Wenn die Deutschnationalen bei ihrem Beschluß beharren wollten, das Werk von Locarno zu zerstören, noch ehe es zum Abschluß gebracht ist, und noch ehe dieser Abschluß ein endgültiges Urteil über dieses Werk zuläßt, so müßten für alles das, was dann folgen müßte, die Deutschnationalen die volle Verantwortung tragen. Was hier zerstört werden könnte, ist gar nicht auszudenken: Es würde ein unabsehbares Trümmerfeld geschaffen werden oder will man es etwa zu einem Wahlkampf um Locarno kommen lassen? Die „Germania" glaubt, daß die Stellungnahme der deutschnationalen Reichstagsfraktion kaum eine andere sein könne als die der deutschnationalen Parteivorstände und schreibt: Wenn heute noch keine Kabinettskrise eintritt, so ist sie zu Beginn der nächsten Woche zu erwarten. Natürlich wird sich bis dahin Reichskanzler Dr. Luther bemühen, dem deutschnationalen Beschluß die Spitze abzubrechen und das Ergebnis von Locarno und sein Kabinett zu retten. Wenn ihm das gelingen sollte, dann gewiß nur durch Spaltung der Deutschnationalen. Die „Vossische Zeitung" hält für den Fall, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion dem Beschluß der deutschnationalen Parteivorstände beitritt, und die Deutschnationalen wirklich aus der Regierung ausscheiden, es für unmöglich, daß dieser Reichstag den Vertrag von Locarno verabschiedet. Dann wird sich die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, dazu entschließen müssen, den Reichstag aufzulösen und unter der Parole des Vertrages von Locarno Neuwahlen durchzuführen. Auch der „Vorwärts" betont, daß eine evtl. eintretende innerpolitische Krise nicht anders als durch Befragung des Volkes gelöst werden könne.

Verlängerung des deutsch-tschechoslowakischen Kohlenvertrages.

Berlin, 23. Okt. Bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung fanden am 23. Oktober d. J. Verhandlungen mit den Vertretern des tschechoslowakischen Arbeitsministeriums über die Verlängerung des deutsch-tschechoslowakischen Kohlenvertrages statt. Das Abkommen wurde bis Ende des Jahres verlängert.

Einigung mit Polen über die Optanten.

Warschau, 23. Okt. Die fortgesetzten Bemühungen des deutschen Gesandten in Warschau Rauscher, auf eine entgegenkommende Haltung Polens in der Optantenfrage hinzuwirken, haben einen erfreulichen Abschluß gefunden. Der Außenminister Skrzynski erklärte heute mittag dem deutschen Gesandten namens der polnischen Regierung, daß Polen auf sein Recht verzichten werde, die nach dem Wiener Abkommen am 1. November möglichen Optantenausweisungen durchzuführen.

Skrzynski begründete die veränderte Haltung Polens mit der Entspannung der Situation, die durch die Ereignisse in Locarno eingetreten sei.

Zu den chinesischen Wirren.

Die Tschechen gegen deutsche Sozialdemokraten. Der Wahlaufruf der deutschen Sozialdemokraten, der bereits durch eine Anzahl von Blättern unbehelligt ging, wurde in Komotau von den Behörden konfisziert. Die Sozialdemokraten wollen nun als Wahlplakate leere Zettel verwenden mit der Bezeichnung „konfisziert".

•

London, 23. Oktober. Nach Meldungen aus Peking haben vier Divisionen Mukden verlassen, um die Truppen zu verstärken, die dem Zivilgouverneur von Schantung, Tsiantsi, zur Verfügung stehen. Eine Fliegerabteilung und eine Radiotelegraphenabteilung hätten Mukden verlassen, um sich nach Tiensin zu begeben.

Aus Tsingtau wird berichtet, daß der mandschurische Führer Tschangtsuntschang sein Hauptquartier in Hsu Fu aufgeschlagen habe. Marschall Tschangtsolin habe Admiral Benschute abberufen, da er verdächtig sei, mit General Wupeifu zu intriguieren und zu seinem Nachfolger den Admiral Pischuchen ernannt.

•

Hankau, 23. Okt. In einer Konferenz der führenden Militärs wurde gestern Marschall Wupeifu zum Oberbefehlshaber der chinesischen alliierten Streitkräfte gewählt. Wupeifu begibt sich morgen nach dem Norden.

Locarno darf keine Frage der Parteipolitik sein.

Rede Stresemanns in Karlsruhe.

Karlsruhe, 23. Okt. In einer Rede, die Reichsminister Dr. Stresemann in Karlsruhe über die Verhandlungen von Locarno hielt, führte er folgendes aus:

Was bisher in Locarno geschaffen worden ist, kann die Zustimmung jedes Deutschen finden, der sich dessen bewußt ist, daß nur auf dem Boden friedlicher Entwicklung in Europa die innere und wirtschaftliche Wiedererstarkung Deutschlands möglich ist. Aus voller Ueberzeugung haben wir uns zu diesem Deutschland des Friedens als Mittelpunkt eines friedlichen Europas bekannt. Wir glauben uns damit in Uebereinstimmung zu befinden mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn Deutschland durch den Vertrag von Locarno den Beweis seiner dauernd friedlichen Einstellung gibt, dann muß aber das, was bisher geschaffen wurde, auch erweitert werden durch die Bekundung unserer Vertragskontrahenten, auch ihrerseits die Folgerungen aus diesem neuen Stand der Dinge zu ziehen. Auch ohne jeden Zusammenhang mit den Verhandlungen in Locarno muß zunächst die Differenz wegen der

Besetzung der ersten Rheinlandzone

beseitigt werden. Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar nicht geräumt worden, und wer über den Geist des Mißtrauens in dem deutschen Volke klagt, der soll nicht vergessen, daß gerade diese Nichteinhaltung des Räumungstermins von Köln genügend Grund zu diesem Mißtrauen gegeben hat. Eine auf Vertrauen aufgebaute Politik der Zukunft muß die Kölner Frage bereinigen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß dies geschehen wird. In Bezug auf die Rückwirkungen handelt es sich vor allem um die Sorgen des Rheinlandes, das in den nach dem Vertrag besetzt bleibenden Gebieten unter dem Druck einer übermäßigen Besetzung und unter dem Druck des Rheinlandregimes zu leiden hat. Irgend ein logischer Grund, neben dem Pakt den Frieden durch eine jahrelange militärische Besetzung zu sichern, liegt nicht vor. Die Auswirkungen des Sicherheitspaktes können und müssen diese Entwicklung sicherstellen. Nur muß man sich auch in Deutschland klar darüber sein, daß man nicht gleichzeitig die Annahme des Paktes in Zweifel stellen und die weitgehendsten Maßnahmen als Rückwirkungen einer in Zweifel gestellten Annahme verlangen kann. Ebensowenig dient es der Sicherheit des Zustandekommens des Werkes, wenn man in bezug auf die eintretenden Rückwirkungen alles der Zukunft überlassen will und von bedingungsloser Annahme der Verträge von Locarno spricht.

Die Stellungnahme der Reichsregierung und des deutschen Volkes soll darin bestehen, die Entscheidung zu fällen, sobald wir erkennen können, daß das, was in Locarno vor sich gegangen ist, sich für das Rheinland auswirkt. Das sage ich nicht aus irgend einem Mißtrauen heraus gegen die Staatsmänner, mit denen wir in Locarno verhandelt haben. Ich lege vielmehr Wert darauf, zu erklären, daß die deutschen Delegierten die Verantwortung für die Paraphierung deshalb übernommen haben, weil sie selbst davon überzeugt sind, daß die Herren Briand, Chamberlain und Vandervelde die Verständigung mit Deutschland aus innerster Ueberzeugung wollen und sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß, statt eines gegen Deutschland gerichteten Blockes der Siegerstaaten ein Zusammenwirken der europäischen Mächte erfolgt, zumal die Entwicklung nach dem Weltkriege wohl für jeden, der denken kann, ergeben hat, daß es europäische Sieger im Endergebnis dieses gewaltigen Weltringens nicht gibt, sondern nur ein aus tausend Wunden blutendes und deshalb in seiner geistigen Emanation und wirtschaftlichen Kraft geschwächtes Europa.

Dr. Stresemann legte dann dar, daß die Behauptung, daß die in Locarno vereinten Mächte beabsichtigen, einen

Block gegen Rußland

zu schließen, vollkommen unrichtig sei, und erklärte, Deutschland würde eine solche Politik nicht mitmachen, da es auf die alten Beziehungen zu Rußland, die sich aus der Lage des Landes und der Beziehungen beider Völker ergeben, noch wie vor den größten Wert legt. Dieses Ziel der deutschen Politik wird auch durch die inneren Verhältnisse Rußlands für uns nicht beeinträchtigt, da wir es als Grundsatz annehmen, uns in innere Verhältnisse anderer Völker und Staaten nicht einzumischen, wie wir das von anderen Staaten und Völkern für uns voraussetzen. Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages hat den Willen Deutschlands, mit Rußland in guten Beziehungen zu bleiben, klar und praktisch zum Ausdruck gebracht. Ich bin im übrigen überzeugt, daß die Stellungnahme der Westmächte sich mit dieser Stellungnahme im wesentlichen deckt.

In seinen weiteren Darlegungen führte Dr. Stresemann aus: Wenn die Grundlagen gegeben sein werden, um zu einem positiven Endergebnis zu kommen, dann muß hinter diesem Ergebnis die große Mehrheit des ganzen Volkes stehen.

Locarno darf keine Frage der Parteipolitik sein.

Es darf nicht zum Ausgangspunkt innerpolitischer Zwistigkeiten gemacht werden. Wir sind ungebrochen als Großmacht in moralischer Beziehung. Der Friedenswille einer überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes kann und wird der Ausgangspunkt sein für eine Entwicklung, die uns diejenigen Möglichkeiten friedlicher und gleichberechtigter Betätigung eröffnet, die uns bisher versagt waren. Von Versailles bis Locarno war ein weiter Weg. Von Locarno an wird ein weiter Weg sein, um das zu erwirken, was das Ziel jeder deutschen Regierung sein wird und sein muß: der Wiederaufbau Deutschlands in einem zum gemeinsamen Wirken vereinten Bestreben der Völker Europas.

Der Münchner Dolchstoßprozeß.

München, 23. Okt. In Ergänzung der großzügigen Darstellung des Admirals v. Trotha am vorgestrigen Sitzungstage des Münchener Dolchstoßprozesses, gab gestern Konteradmiral a. D. Magnus v. Levetzow, seinerseits Stabschef bei der Seekriegsleitung des Admirals Scheer.

Der Berichterstatter hat einer großen Reihe von politischen Prozessen beigewohnt, er hat auch in München die sonst wohl unerhörte Art miterlebt, wie der Hitler-Ludendorff-Prozeß zu einer Triumphstätte der Angeklagten wurde, nie aber hat er das erlebt, daß ein Zeuge an Stelle einer Aussage über eigene Wahrnehmungen eine Agitationsrede zum Fenster hinaus halten durfte, in der er die schärfsten Angriffe gegen Männer richtete, die im Saale nicht anwesend sind, wie den früheren Reichskanzler Prinz Max von Baden, den früheren Vizekanzler v. Payer und schließlich auch gegen den gegenwärtigen Reichspräsidenten, Feldmarschall v. Hindenburg. Entgegen der Behauptung des Feldmarschalls, daß er an dem Entschluß des Kaisers, nach Holland zu gehen, nicht mitgewirkt habe, bekundete der Zeuge von Levetzow heute, er habe nachträglich von einem „authentischen Gewährsmann erfahren", der Plan zur Abfahrt nach Holland sei am Abend des 9. November durch den Feldmarschall Hindenburg und den Staatssekretär Hintze beim Kaiser durchgedrückt worden.

Der nächste Zeuge, Kapitän a. D. Albert Scheibe, früherer Herausgeber des „Nautikus" und der „Marinerundschau", war von August 1918 ab Chef der Presseabteilung der Seekriegsleitung und nach Kriegsende Chef der Presseabteilung des Reichsmarineamts. In dieser Eigenschaft, so erzählt er, hat er Ende 1918 in der Berliner Pressekonferenz auf eine dort von Georg Bernhard, dem Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", anläßlich eines Artikels des Kapitäns Persius an ihn gerichtete Anfrage eine gedruckte Zusammenstellung über die Vorgänge bei der Marine an die Presse herausgegeben. Schon dort habe er seiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß es sich bei dem Marineaufstand um eine planmäßig vorbereitete und geführte Revolution gehandelt habe. Der Zeuge greift dann Persius und Struve an, die eine nicht mit der nötigen Kenntnis fundierte Kritik an Tirpitzs Flottenbaupolitik geübt und dadurch das Vertrauen untergraben hätten. Dann erzählt er, wie er am 5. November 1918 in den Reichstag gerufen mit dem Entwurf eines Flugblattes und Aufrufes an die Matrosen, welches Staatssekretär Scheidemann unterzeichnen sollte. Scheidemann hat sich mit Stampfer, dem Chefredakteur des „Vorwärts", beraten und dann zum Zeugen gesagt, er könne doch, wenn er in einigen Tagen die Führung übernehmen solle, nicht dieses Flugblatt unterzeichnen. Das Flugblatt ist dann doch mit der Unterschrift von Scheidemann und Prinz Max von Baden ausgegeben worden.

Kapitän zur See a. D. Waldeyer, der letzte Marinezeuge, war am 31. Oktober 1918 nach Kiel gekommen und erlebte dort den Aufstand. Seiner Meinung nach ist es nicht ungefährlich, den Ausspruch „Dolchstoß" zu gebrauchen. In Wahrheit sei der Ausbruch des Krieges schon der Keim der Revolution. Der Zeuge beruft sich auf Emil Barth, Richard Müller und ähnliche Gewährsmänner. Er verliest umfangreiche Literatur. Es wird dann noch die Frage erörtert, welche Verbindung zwischen den Meutereien von 1917 und der Marinerevolution von 1918 bestanden habe. Darüber weiß keiner der Anwesenden etwas Positives anzugeben. Damit ist dann die Erörterung des Marinekomplexes beendet. Der Sonnabend bleibt sitzungsfrei, am Montag sollen die politischen Zeugen auftreten.

Die Mossulfrage vor dem Internationalen Gerichtshof.

Haag, 23. Oktober. Der Ständige Internationale Gerichtshof hat gestern seine 9. außerordentliche Sitzung eröffnet, welche der gutachtlichen Entscheidung über den englisch-türkischen Streitfall in der Mossulfrage gilt. Das Präsidium führen die Herren Huber und Weiß. Die erste öffentliche Sitzung in diesem Streitfall wird am kommenden Montag stattfinden. Der englische Generalstaatsanwalt Douglas Hogg wird hier im Namen der englischen Regierung mündliche Erläuterungen zu der dem Gerichtshof vorgelegten Streitfragen abgeben.

Marokkokriegsbericht.

Paris, 23. Okt. Havasnachrichten aus Tanger besagen, daß an der Wassanfront einige Rifabteilungen unter Zurücklassung von Verwundeten, Waffen und Munition zurückgetrieben worden seien.

Havasnachrichten aus Melilla besagen: Die spanischen Streitkräfte im Frontabschnitt von Alhucemas haben gestern einen Vorstoß durchgeführt, um die Verbindung mit dem Dschebel Manussi und den Anhöhen nördlich des Dschebel Palomas herzustellen. Dadurch wird die Wasserversorgung in dieser Gegend, die durch die Rifleute gefährdet war, sichergestellt. Der Gegner hat nur schwachen Widerstand geleistet und ist unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden, während die spanischen Truppen nur leichte Verluste hatten. Spanische Flugzeuge haben die Küste zwischen Afra und Sidi Driß beschossen.

Zur Lage in Aegypten.

Kairo, 23. Oktober. Wie die Blätter melden, wird Zaghlul Pascha voraussichtlich eine Versammlung der politischen Führer einberufen, die entscheiden sollen, auf welche Weise das parlamentarische Regierungssystem wieder in Funktion gesetzt werden kann.